

Die Jukos-Affäre im Überblick

Pleines, Heiko

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pleines, H. (2005). Die Jukos-Affäre im Überblick. *Russland-Analysen*, 54, 2-4. <https://doi.org/10.31205/RA.054.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Die Jukos-Affäre im Überblick

Von Heiko Pleines, Bremen

Zusammenfassung:

Bei der Jukos-Affäre, die im Sommer 2003 begann, geht es nicht nur um das staatliche Vorgehen gegen den Ölkonzern und seine Eigentümer. Zunehmend gewann die Affäre auch Einfluss auf grundlegendere politische und wirtschaftliche Fragen wie das Verhältnis des Präsidenten zu den Oligarchen, die Lage des Rechtsstaates, das Investitionsklima und die wirtschaftspolitische Orientierung der Regierung. Diese Einleitung gibt einen Überblick über die Jukos-Affäre, deren einzelne Aspekte in dieser und der folgenden Nummer der Russlandanalysen ausführlich behandelt werden.

Das staatliche Vorgehen gegen Jukos

Die Jukos-Affäre begann im Juni 2003 mit der Verhaftung des Sicherheitschefs von Jukos, Alexej Pitschugin, unter dem Vorwurf der Anstiftung zum Mord. Im folgenden Monat wurde der Jukos-Großaktionär Platon Lebedew unter dem Vorwurf des Privatisierungsbetrugs festgenommen. Gleichzeitig wird gegen Jukos ein Untersuchungsverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet. Im Oktober 2003 wird dann auch der Vorstandsvorsitzende und Hauptaktionär von Jukos, Michail Chodorkowskij, unter dem Vorwurf des Steuerbetrugs verhaftet.

Kurz darauf verliert der Jukos-Konzern seine Förderlizenz für das Talakanskoe-Ölfeld in Ostsibirien, dass die Grundlage für Ölexporte nach China bilden sollte. Im folgenden wird dem Jukos-Konzern auch mit dem Verlust weiterer Förderlizenzen gedroht. Diese Drohungen werden aber nicht umgesetzt.

In den folgenden Monate leitet die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen alle Großaktionäre von Jukos und gegen etliche Mitglieder des Konzernmanagements ein. Drei Großaktionäre setzen sich Ende 2003 nach Israel ab. Im November 2004 verlassen alle leitenden Manager auf gemeinsamen Beschluss Russland.

Das staatliche Vorgehen gegen Jukos konzentriert sich damit auf zwei Bereiche. Zum einen werden die Strafprozesse gegen Pitschugin, Lebedew und Chodorkowskij aufgenommen. Alle drei verbleiben in Untersuchungshaft. Der Prozess gegen Pitschugin unterliegt strikter Geheimhaltung. Die Prozesse von Lebedew und Chodorkowskij werden im Juni 2004 zusammengelegt und sind öffentlich. Die Staatsanwaltschaft schließt im November 2004 ihre Beweisführung ab. Damit beginnt die Beweisführung der Verteidigung. Ein Ende der Verfahren ist derzeit noch nicht absehbar.

Zum anderen erheben die Steuerbehörden vor allem für den Zeitraum 2000 bis 2003 immer neue Steuernachforderungen gegen Jukos und seine Tochterfirmen. Die staatlichen Forderungen gegen Jukos summieren sich bis Ende 2004 auf über 28 Mrd. US-Dollar. Allein die Nachforderungen erreichen damit eine Höhe von etwa 75% des von Jukos ausgewiesenen Umsatzes für die entsprechenden Steuerjahre. Da der Konzern nicht in der Lage ist, die entsprechenden Summen aufzubringen, wird eine Zwangsvollstreckung eingeleitet. Die größte Produktionsfirma von Jukos wird im Dezember 2004 versteigert. Der Erlös reicht aber bei weitem nicht aus, um die Steuerschulden von Jukos zu begleichen. Ende Januar 2005 belaufen sie sich immer noch auf etwa 9 Mrd. US-Dollar. Der Jukos-Konzern steht damit vor dem Aus.

Die Steuerforderungen gegen Jukos werden auf den Seiten 4 bis 5 dokumentiert. Den Verlust der Förderlizenz in Ostsibirien analysiert der Beitrag auf den Seiten 6 bis 8. Einen Überblick über das staatliche Vorgehen gegen Jukos gibt die Chronik auf den Seiten 10 bis 15.

Motive des staatlichen Vorgehens und Rechtsstaatlichkeit

Die große Mehrheit der Beobachter ging seit Beginn der Jukos-Affäre davon aus, dass das staatliche Vorgehen gegen den Ölkonzern als Bestrafung für politisches Engagement zu bewerten sei. Im einzelnen hat Chodorkowskij die politische Opposition zu Präsident Putin, insbesondere die Parteien Jabloko, Union der Rechten Kräfte und die Kommunistische Partei, im Duma-Wahlkampf 2003 finanziell unterstützt. Zusätzlich soll er durch Beeinflussung von Duma-Abgeordneten versucht haben, eine Reform der Besteuerung der Erdölindustrie zu verhindern. Außerdem hat Chodorkowskij etliche liberale Vereinigungen und Forschungsinstitute, die in der Mehrheit ebenfalls Putin kritisch gegenüberstanden, gefördert. Darüber hinaus

habe er Putin auf persönlichen Treffen widersprochen und diesen zu einem Streit provoziert. Auch Pläne von Jukos, mit großen amerikanischen Ölkonzernen eine Fusion einzugehen, wurden als Anlass für staatliche Interventionen genannt.

Als Beleg für die politische Motivation des staatlichen Vorgehens, das als Warnung für die Oligarchen interpretiert wird, gelten die vielfältigen Manipulationen zuungunsten von Jukos. Zum ersten mal werden in Russland größere Steuernachforderungen gegen ein Unternehmen nicht von Gerichten revidiert (siehe Tabelle 4 auf Seite 6), obwohl die gegen Jukos erhobenen Vorwürfe im wesentlichen auch auf andere Ölunternehmen zutreffen. Das Vorgehen sowohl der Steuerbehörden als auch der Staatsanwaltschaft und der Gerichte weist etliche Defizite auf. Eine Zusammenfassung der Vorwürfe bietet die Resolution des Europarates vom 25. Januar 2005, die auf den Seiten 8 bis 10 dokumentiert wird.

Trotz der offensichtlichen Defizite beharrt Präsident Putin darauf, dass das staatliche Vorgehen den Gesetzen folge und keine Sonderbehandlung von Jukos beinhaltet. Diese Linie wird von der Regierung weitgehend durchgehalten. Auch die öffentliche Kritik am staatlichen Vorgehen im Zusammenhang mit der Jukos-Affäre bleibt in Russland verhalten. Eine Darstellung der russischen öffentlichen Debatte zur Jukos-Affäre gibt die Analyse von Josephine Bollinger-Kanne in der nächsten Ausgabe der Russlandanalysen. Die dort widergegebenen Umfragedaten dokumentieren auch, dass die russische Bevölkerung mehrheitlich keine Einwände gegen das staatliche Vorgehen hat. Das negative Image des „Oligarchen“ Chodorkowskij wird etwa dadurch deutlich, dass ein Drittel der Russen bei seiner Verhaftung Freude und Befriedung verspürten.

Investitionsklima

Solange sich die staatliche Attacke auf die Person Chodorkowskij konzentrierte, das heißt bis zum Frühjahr 2004, stellte sie für die Wirtschaft keine wesentliche Belastung dar. Sie wurde als Strafe für politisches Engagement verstanden, was im Umkehrschluss bedeutete, dass politisch nicht aktive Unternehmer nichts zu befürchten hatten. Dementsprechend lag selbst der Kurs der Jukos-Aktie noch nicht unter seinem Niveau zu Beginn der Affäre.

Als aber zunehmend vermutet wurde, dass die Jukos-Affäre nicht nur die Person Chodorkowskij sondern zumindest auch die Firma Jukos ausschalten solle und unter Umständen sogar weitere Firmen betreffen wird, nahm die Besorgnis bei Unternehmern zu. Der russische Unternehmerverband erklärte vor seinem Gespräch mit Putin Anfang Juli 2004 das

Investitionsklima zum zentralen Thema machen zu wollen. Klaus Mangold, Vorsitzender des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft kommentierte, der Konkurs von Jukos würde „ein Schock für die Märkte sein“. Der amerikanische Ölkonzern ChevronTexaco legte seine Investitionspläne für Russland auf Eis.

Trotzdem ist die grundsätzliche Haltung der Investoren gegenüber Russland noch nicht umgeschlagen. Die Mehrheit scheint vielmehr vor einer möglichen Verschlechterung zu warnen, ohne wirklich an diese zu glauben. Davon zeugen zumindest die neuen Höchststände bei den ausländischen Direktinvestitionen und auch die Entwicklung der russischen Börse mit Ausnahme der Jukos-Aktie. Die häufig zitierte Zunahme der Kapitalflucht ist hingegen in diesem Zusammenhang mit Vorsicht zu betrachten, da sie erstens schwer messbar ist, zweitens gestiegene Gewinne häufig auch zu steigenden Kapitalabflüssen führen und drittens ein Teil der Kapitalflucht auf Investitionen russischer Unternehmer im Ausland zurückzuführen sein kann.

Die Rolle ausländischer Investoren in der russischen Erdölwirtschaft wird in der nächsten Russlandanalyse ausführlich dokumentiert.

Wirtschaftspolitik und Ölindustrie

Im Gegensatz zu der Mehrheit der Investoren sehen aber viele Analysten die Jukos-Affäre mittlerweile als Indikator eines grundlegenden Umschwungs in der russischen Wirtschaftspolitik. Sie gehen davon aus, dass die wirtschaftsliberalen Reformer um Wirtschaftsminister German Gref in der Regierung zunehmend an Einfluss verlieren. Stattdessen würden Vertreter des Geheimdienstes und konservative Juristen in die Wirtschaftspolitik drängen. Kronzeuge dieser Einschätzung ist der Wirtschaftsberater von Präsident Putin, der auf einer Pressekonferenz Ende 2004 nicht nur die Auktion von Juganskneftegaz als „Affäre des Jahres“ bezeichnete, sondern in diesem Zusammenhang gleich von einer Wende der Wirtschaftspolitik hin zu Staatsinterventionismus sprach. Diese Einschätzung teilt auch Chodorkowskij, wie seine Pressesprecherin in einem Kommentar in der nächsten Russlandanalyse darlegt.

Konkrete Maßnahmen zur Stärkung des staatlichen Einflusses lassen sich derzeit in der Öl- und Gasindustrie beobachten, die weiterhin das Herzstück der russischen Wirtschaft darstellt. Insbesondere die Übernahme führender Unternehmenspositionen durch im Management völlig unerfahrene Staatsvertreter und der Versuch, durch die Fusion von Rosneft und Gazprom einen gigantischen Staatskonzern zu schaffen, werden von liberalen Kritikern als wirtschaftspolitisch problematisch betrachtet. Der renommierte

Branchenexperte Valery Kryukov diagnostiziert in seiner Analyse, die ebenfalls in der nächsten Nummer der Russlandanalysen erscheinen wird, „Lenkbarkeit anstelle von Effizienz“.

Der staatliche Einfluss, der sich insbesondere bei der Eigentümerstruktur und der Besteuerung zeigt, wird in der nächsten Russlandanalyse ausführlich dokumentiert.

Fazit

Während die Jukos-Affäre ursprünglich wie eine Abschreckungsmaßnahme gegen politisch aktive Unternehmer aussah, entwickelt sie sich immer mehr zu einem Wendepunkt der Präsidentschaft Putins. Die zentrale Frage ist, ob nach der „gelenkten Demokratie“, die in wesentlichen Zügen bereits während der ersten Amtsperiode Putins von 2000 bis 2004 etabliert wurde, in der zweiten Amtszeit nun auch die Schaffung einer „gelenkten Wirtschaft“ folgen soll.

Über den Autoren

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

Dokumentation

Die Steuerschulden von Jukos

Seit dem Beginn der Jukos-Affäre im Sommer 2003 sind Ermittlungen der Steuerbehörden ein wesentlicher Bestandteil des staatlichen Druckes auf den Konzern. Jukos hat wie viele andere Ölkonzerne auch Schlupflöcher in der Steuergesetzgebung genutzt, um seine Steuerzahlungen zu „optimieren“. (Siehe dazu ausführlicher die Darstellung zur Besteuerung der Ölindustrie in der nächsten Ausgabe.) Diese Optimierungsverfahren wurden von führenden staatlichen Vertretern ursprünglich als legal bezeichnet. Der damalige Ministerpräsident Michail Kasjanow etwa kommentierte, dass das Vorgehen von Jukos zwar unmoralisch aber legal sei und gab der Regierung aufgrund mangelhafter Gesetzgebung die Verantwortung für diesen Zustand. (Interview in der Tageszeitung *Wedomosti* vom 12. Januar 2004) Auch der Leiter der Abteilung Körperschaftssteuer beim Steuerministerium bezeichnete die Steueroptimierungsverfahren der Ölkonzerne als legal. (Pressekonferenz vom 27. November 2003) Die Rechnungsprüfungskammer der Duma konzentrierte ihre Vorwürfe nach einer Untersuchung von Steuervermeidung in der Ölindustrie auf den Konzern Sibneft. Bis zum Beginn der Jukos-Affäre waren alle großen Nachforderungen der Steuerbehörden an Gerichtsverfahren gescheitert. Die höchste Zahlung aufgrund einer Steuerüberprüfung betrug bis zur Jukos-Affäre 100 Mio. US\$. Im Ergebnis entstand der Eindruck, dass die Forderungen gegenüber Jukos fragwürdig seien und das staatliche Vorgehen selektiv.

Tabelle 1: Alle Forderungen der Steuer- und Vollzugsbehörden gegenüber dem Jukos-Konzern (in Mrd. US\$)

	1999	2000	2001	2002	2003	Gesamt 1999–2003
Mutterkonzern (Jukos)	-	3,77	4,39	7,32	6,46	21,49
Davon: Strafen und Gebühren	-	0,24	0,29	0,48	0,42	1,43
Tochterfirma Juganskneftegaz	0,34	0,21	2,42	1,06	1,22	5,25
Davon: Strafen und Gebühren	0,10	0,08	1,25	0,44	k.A.	1,87
Tochterfirma Tomskneft	-	-	0,11	0,13	-	0,24
Davon: Strafen und Gebühren	-	-	k.A.	0,05	-	0,05
Tochterfirma Samaraneftgaz		0,16	0,30	0,30	0,14	0,90
Davon: Strafen und Gebühren		k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	0,05
Jukos-Konzern gesamt	0,34	4,14	7,22	8,81	7,82	28,33
Davon: Strafen und Gebühren	0,10	0,32	1,54	0,97	0,42	3,35

Quelle: *United Financial Group 25.1.2005* www.ufgresearch.com